

# Schwarzwälder Tageszeitung

Siegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Vierteljährlich 40 Mark, halbjährlich 75 Mark, jährlich 140 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt aber Betriebsstörung behält sein Anspruch auf Lieferung. | Kassenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Mark, die Rückseite 8 Mark. | Käuflich innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch alle Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 151.

Altensteig, Montag den 30. Juni.

Jahrgang 1924

In der morgigen Ausgabe unseres Blattes beginnen wir mit dem Originalroman

## Ein Maienglück

von C. Wildenburg.

Wir machen Leserninnen und Lesern auf diesen schönen Lesestoff aufmerksam.

Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat Juli bitten wir sofort zu machen.

## Der Rotstand der Landwirtschaft.

In Ergänzung des ersten Artikels über die Krise in der Landwirtschaft veröffentlicht wir den zweiten Teil der Ausführungen des Generalsekretärs Dr. W. M. v. L. vom Landwirtschaftlichen Gesamtverband für Württemberg und Hohenzollern.

Die Produktionspreisbildung hängt größtenteils von den Zuständen auf dem Weltmarkt und von dem möglichen Maße des eigenen Zollschutzes ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach den Berichten des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom über den Saatensand in den für eine starke Konkurrenz für die deutsche Landwirtschaft in Frage kommenden Ländern unter Umständen eine günstigere Preisgestaltung auf dem Weltmarkt für uns sich entwickeln wird. Aber abgesehen davon muß die deutsche Landwirtschaft alles aufbieten, um durch entsprechenden Zollschutz die Preis Konkurrenz des Auslandes ausschalten zu können. Es wird dies nicht nur eine Existenzfrage für sie selbst, sondern auch für unser ganzes Volk sein.

Weiter aber sind die Preise für die landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände viel zu hoch. Die Verdienstspanne bei der Industrie und teilweise auch beim Handwerk ist zum Teil noch größer wie vor dem Krieg. Ein sehr in die Augen springender Beweis dafür ist ja auch die gewaltige Zunahme der Luxusautos in diesen Kreisen. In ganz Württemberg ist nicht ein einziger Landwirt, der sich ein Auto leisten könnte. Wenn wir der Krise zunächst nicht beikommen können durch eine Erhöhung der Produktpreise, so muß es eben durch eine Senkung der Erzeugungsmittelpreise versucht werden und dies ist zweifellos noch ein gutes Stück möglich. Die Industrie z. B. sollte sich darüber im Klaren sein, daß kein natürliches Zahlenverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht. Industrie ist nichts anderes als Transmutation von Landwirtschaft. Der Krieg hat die Industrie vermehrt und die Landwirtschaft vermindert. Der Friede müßte wieder die Landwirtschaft vermehren und die Industrie vermindern.

Die Industrie sieht sich zu sehr auf die Landwirtschaft, die in manchen Dingen unmittelbar von ihr abhängig ist. So z. B. in der ganzen Lohnpolitik. Die Industrie scheut sich nicht, der Landwirtschaft in guter günstiger Konjunktur die besten Arbeitskräfte wegzunehmen, indem sie zu dieser Zeit hohe Löhne bezahlen kann, um diese Leute dann ebenso unbarmherzig wieder auf die Straße zu werfen, wenn die Arbeit wieder nachläßt. Die Landwirtschaft muß entweder mit ihren Löhnen weit über die Tragfähigkeit für die Betriebe hinaus, oder ihre Produkte bleiben draußen auf dem Felde liegen und verderben. Zu guter Letzt dürfen die Landwirte noch der Industrie bei der Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenunterstützung helfen.

Eine weitere Möglichkeit für die Herabsetzung der Erzeugungsmittelpreise kann durch eine Verringerung der Frachtpolitik unter Umständen erreicht werden. Es geht nicht an, daß der Staat mit der Preistreiberi an allen Ecken und Enden vorangeht. Es genügt, wenn die Steuerzettel um über das Zehnfache gegenüber früher schwerer geworden sind.

Zuletzt noch ein Wort über die unterschiedliche Stellung der Landwirtschaft, die während der Inflationszeit nicht oft genug die Landwirte des Wackers und der Preistreiberi beizügigen konnte, anderen Ständen gegenüber. Es kommt uns sehr darauf an, gerade auf diese Tatsache mit

aller Schärfe hinzuweisen. Dabei ist es notwendig, auf die Zinspolitik der Banken hinzuweisen. Schon die Reichsbank betreibt Wucher, wenn sie Rentenmarkgelde, die sie für 3 Prozent erhält, um 10 Prozent weitergibt. Wenn man den Banken Geld gibt, bekommt man selten mehr als 20—25 Prozent dafür. Leihst man aber Geld, dann kann man froh sein, wenn man „nur“ ein halbes Prozent pro Tag dafür bezahlen muß. Es ist unverständlich, daß hier nicht eingegriffen wird. Wenn die Landwirte sich einen derartigen Wucher während der Zeit der Nahrungsmittelknappheit geleistet und derartige Aufschläge gefordert hätten, es wäre nicht ausdenken, was mit ihnen geschehen wäre. Die Reichspost scheut sich nicht, im Zeichen des Preisabbaues ab 1. Juli die Posteinweisungsgebühren für Zeitungen usw. um 100 Prozent zu erhöhen. Diese Gebührensätze betragen nun über das Doppelte der Vorkriegssätze. Die Viehhändler und ein Teil der Mäher verkaufen ihr Mehl, trotzdem die Getreidepreise um ein Drittel niedriger sind, als im Jahre 1913, zu den Vorkriegspreisen. Die Bäcker erst verlangen für ihr Brot, insbesondere aber für ihre „Brötchen“, die noch um einen guten Teil kleiner sind wie früher, mindestens Friedenspreise. Die Metzger laufen noch weit billiger ein wie früher. Das hindert sie aber durchaus nicht, ihre Fleisch- und Wurstpreise annähernd den früheren Preisen anzupassen. Insbesondere hat sich ein Hauptverstoß eingeschlichen, der abgestellt werden müßte. Farrenfleisch minderwertiger Qualität wird als Ochsenfleisch verkauft und die Preisdifferenz kaltblütig eingeschoben. Die Innungen halten und watten wie sie wollen und kein Mensch lehnt sich dagegen auf. Es ist überhaupt staunenswert, wie die Verbraucher, insbesondere die Arbeiterschaft, die dauernd seinerzeit dabei waren, dem Landwirt am Zeuge zu sitzen, nun still halten und sich ruhig alles bieten lassen, was die Innungen usw. über sie beschließen. Das gibt ernsthaft zu denken, umso mehr, als die Angriffe auf die Landwirte trotzdem es allenthalben bekant ist, wie sehr die Landwirtschaft heute im Elend steckt, teilweise immer noch nicht aufgehört haben.

## Neues vom Tage.

Aus dem Steueraussschuss des Reichstags.

Berlin, 29. Juni. Im Steueraussschuss des Reichstags regte der Abg. Becker-Hessen (D.P.) an, die bestehenden Stundungsvorschriften auf alle Besitzsteuern anzupassen, namentlich im besetzten Gebiet. Reichsfinanzminister Dr. Luther wandte sich zunächst gegen die auf Grund des letzten Reichsbankausweises in der Öffentlichkeit bestehende Auffassung, daß das Reich ein hohes Guthaben habe. Von den 636 Millionen öffentliches Geld seien 282 Millionen Reichsgelder. Von diesen seien aber nur 41 Millionen reichseigenes Geld. Die restlichen 351 Millionen seien fremde Gelder. Hier von entfielen 100 Millionen Mk. auf Rentenmarkkredite. Im Hinblick auf die Zukunft wies der Minister weiter darauf hin, daß die Steuern nicht in der Höhe der sehr schwierigen Voreinschätzungen eingingen, und zum Teil weniger, zum Teil mehr. Bisher hätten aber die Mehreingänge überwogen. Es bestie aber ein Loos von 470 Millionen, hauptsächlich infolge der Ausführung des Friedensvertrages. Eine generelle Steuerstundung für gewisse Erwerbshände oder Landesteile sei ganz unmöglich.

Deutschlands Antwort zur Militärkontrolle.

Berlin, 29. Juni. Die deutsche Note über die Kontrollfrage wurde am Samstag abgefaßt. Der Inhalt soll bis zur Ueberreichung in Paris geheim gehalten werden. Doch steht fest, daß Zustimmung ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Einschränkung gegeben wird. Es hat in den letzten Tagen ein Verständigungsprozess zwischen der Regierung und den Kontrollkommissionen des Verbandes stattgefunden, aus der die deutsche Regierung die Zuversicht zu entnehmen glaubt, daß die notwendigen Vorbehalte von der Gegenseite auch ohne deren Erwähnung in der Note berücksichtigt werden. Die Regierung warf auch darauf hin, daß es sich nach den Ankündigungen der Gegenseite um eine letzte abschließende Kontrolle handeln soll. Bei dieser Gelegenheit werden die bekannten, aber völlig unberechtigten Vorwürfe, die der letzte französische Kriegsminister Nollet noch vor kurzem in einer Unterredung mit einer ausländischen Zeitung gegen Deutschland erhoben hat, zurückgewiesen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß alle Waffenbestände, die möglicherweise noch irgendwo in Deutschland versteckt gehalten werden, in einem geradezu lächerlichen Verhältnis zu den riesigen Rüstungen stehen, über die das Frankreich von heute verfügt.

Paris, 27. Juni. Dem deutsche Botschafter Dr. v. Hoersch ist vom Ministerpräsidenten Herriot empfangen worden, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Herriot machte abends, beim Empfang der Pressevertreter eine Reihe von Mitteilungen über die politische Lage. Es liege im Interesse Frankreichs und Deutschlands, wenn das Abkommen einfach in seiner bisherigen Form verlängert würde, so daß die Londoner Konferenz nützliche Arbeit leisten und rasch die Maßnahmen zur Verwirklichung des Sachverständigenberichts beschließen könne.

Deutschnationale und Militärkontrolle.

Berlin, 29. Juni. Die angekündigte Besprechung von Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler fand in Gegenwart des Ministers des Reichswehrministeriums statt. Von den Deutschnationalen wurden Bedenken gegen die Zustimmung der Regierung zu der von den Alliierten geforderten nochmaligen Wiederholung der Militärkontrolle zum Vortrag gebracht. Die deutschnationale Reichstagsfraktion weist in einer nach Schluß der Besprechung veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß durch die Mitteilungen der Regierung an ihre Vertreter ihre Bedenken in Sachen der Verantwortung der letzten Note der Alliierten betreffend die Militärkontrolle nicht zerstreut worden sind.

Die französische Schandjustiz geht weiter.

Mainz, 29. Juni. Das französische Kriegsgericht in Mainz hat einen Deutschen namens Jost zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er besonders in der Hundsrückengegend Aufrufe verteilt haben soll, worin die Bauern aufgefordert werden, die Tätigkeit der internationalen Kommission zu verhindern. Drei andere Deutsche, die zu Jost in Beziehungen gestanden haben sollten, denen man aber nur das Singen von nationalen Liedern in Kaffees nachweisen konnte, erhielten je 1 Jahr Gefängnis.

Die Lage in Italien.

Rom, 29. Juni. Der Gedenktag zu Ehren Matteottis ist ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. In Rom fand ein gemeinsamer Zug zur Entführungsstelle statt. Die einzelnen Fraktionen der Opposition ließen sich durch drei oder vier Abgeordnete vertreten, die an der Entführungsstelle Kränze niederlegten. Schleifen mit Aufschriften waren verboten. Am Nachmittag fand die eigentliche Gedenkfeier der Vereinigten Opposition statt.

Die politische Lage ist nun folgende: Die Oppositionsetzungen betonen, daß die Opposition nicht eher wieder an den Arbeiten der Kammer teilnehmen werde, als bis die Nationalmiliz, abgefaßt und Recht, Gesetz und Ordnung wieder im Lande herrsche. Die Opposition will sich nicht an der Regierung beteiligen, sondern überläßt es den Faschisten, Nationalisten und Rechtsliberalen, eine neue Regierung zu bilden mit solchen Personen, die nicht kompromittiert sind. Die Opposition meint, daß auch schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit dem Auslande Mussolini zurücktreten müsse. Sogar eine Umbildung des Ministeriums werde ihm kaum gelingen können. Dagegen versichert man in regierungsfreundlichen Kreisen, daß wenn Mussolini nach der Umbildung seines Kabinetts die Kammer bis November in die Ferien schicke und inzwischen der Nationalmiliz ihren Parteifarakter nehme und für Recht und Ordnung Sorge, die Popolari, die bedeutendste Partei der Opposition, es nicht wagen würde, den Arbeiten der Kammer fernzubleiben.

Krise militärischer Versicherungen.

London, 29. Juni. Im Unterhaus erklärte MacDonald auf eine Anfrage des Führers der pazifistischen Gruppe der Arbeiterpartei, ob es den Tatsachen entspreche, daß von englischer Seite keinerlei Versprechungen oder Erklärungen über eine militärische Unterstützung Frankreichs bei einem Deutschenkrieg abgegeben worden seien, mit schärfster Betonung, daß diese Auffassung zutreffend sei. Es seien absolute keine Zusagen gemacht worden.

Kundgebung der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 29. Juni. Staatspräsident Bazille gab im Landtag am Samstag folgende Erklärung ab: Heute, den 28. Juni, sind 5 Jahre seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles verfloßen, ohne daß der Friede in Europa eingeleitet ist. Deutschland hat diesen Friedensvertrag nur unter der Drohung erneuter kriegerischer Handlungen unterzeichnet. Es wäre zwecklos, dies hervorzuheben, da besiegte Nationen beim Abschluß des Friedens stets unter Zwang handeln, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht gleichzeitig das unbedingte Anerkennen der verbrochenen Schuld Deutschlands



lands am Weltkrieg bedeuten. Dieses angefühlte Geständnis des angeklagten deutschen Volks ist, entgegen dem Rechte aller zivilisierten Nationen, durch Drohungen mit Gewalt erpreßt worden. Wie die württ. Regierung wiederholt ausgesprochen hat, will Deutschland sich mit allen Kräften am Wiederaufbau Europas beteiligen. Aber es muß am fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrags feierliche Bewahrung dagegen einlegen, daß als Basis seiner Leistungen die ihm zur Last gelegte verbrecherische Schuld am Kriege angesehen wird. Die Ehre Frankreichs verlangt, daß es sich der Forderung anschließt, die Frage der Schuld am Kriege dem Urteil eines unabhängigen internationalen Gerichtshofs zu unterwerfen. Frankreich kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß seine Regierung Rechtsgrundsätze mißachtet, die das französische Volk in einer der größten Zeiten seiner Geschichte erkämpft hat. Der Artikel 7 der berühmten „Erklärung der Menschenrechte“ bestimmt: „Niemand kann angeklagt, verhaftet oder festgehalten werden, als in den gesetzlich bestimmten Fällen und nach den gesetzlich vorgeschriebenen Formen.“ Es ist die Verleugnung einer der größten Stunden der französischen Regierung die „Lettres des cachet“ aus dem Grabe vergangener Willkür geholt und eine neue Bastille des Rechts wieder aufgebaut hat. Es ist Zeit, daß Frankreich sich der Worte eines seiner größten Söhne erinnert, der Wahrheit, die Montesquieu im 14. Kapitel über die Ursachen der Größe und des Verfalls des römischen Reiches ausgesprochen hat: „Es gibt keine grausamere Tyrannie als die, die im Schatten der Gesehe und mit der Tünche der Gerechtigkeit geübt wird.“ (Lebhafteste Bravorufe folgten dieser Rundgebung.)

#### Die bayerische Ministerpräsidentenwahl.

München, 29. Juni. Der bayerische Landtag trat am Samstag vormittag zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen. Abg. Wohlmut schlägt dem Hause vor, den Abg. Dr. Held als Ministerpräsidenten zu wählen. Abg. Bäst (Komm.) bringt zur Geschäftsordnung erneut den Fall Grönsfelder zur Sprache und setzt seine Ausführungen gegen den Widerspruch des Präsidenten Königbauer fort. Im Hause entsteht eine große Erregung. Der Präsident läutet ununterbrochen mit der Glocke. Da der kommunistische Abgeordnete aber andauernd weiterspricht, wird die Sitzung unter großer Unruhe im Hause auf eine Viertelstunde unterbrochen. In seiner zweiten Sitzung wählte der Landtag mit 68 von 107 abgegebenen Stimmen den Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Dr. Held, zum Ministerpräsidenten. Für den neuen Ministerpräsidenten stimmten die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum, sowie der Abg. Kratosiel. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. Die Wahl verlief ohne Störung durch die Kommunisten. Der neue Ministerpräsident wird am Mittwoch vormittag 9 Uhr das neugebildete Kabinett dem Landtag vorstellen und das Regierungsprogramm entwickeln.

#### Die neuen Nicumverhandlungen.

Berlin, 29. Juni. Blättermeldungen aus Effen zufolge wurden die Nicumverhandlungen, die für Samstag in Düsseldorf angelegt waren, nach Mitteilung der Sechskommision des Bergbauischen Vereins auf Sonntag vertagt, da der französische und der belgische Leiter der Nicum nach Brüssel bzw. Paris zurückgekehrt sind.

#### Die unmöglichen Nicumverträge.

Effen, 29. Juni. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erzählt, daß eine Einwilligung der deutschen Werkleiter in die Verlängerung der Nicumverträge ganz ausgeschlossen sei. Die Werke hätten ihre letzten Kredite verbraucht. Zur weiteren Verwirklichung des Restes der ihnen anvertrauten Kavitionen könnten die industriellen Führer unmöglich

die Hand bieten. Die Verantwortung dafür, was aus dieser Sachlage entstehen werde, falle den Regierungen zu, da lediglich durch Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung eine für die Industrie erträgliche Regelung an die Stelle der Nicumverträge treten könne.

#### England lehnt die französischen Vorschläge ab.

London, 29. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung teilte in der Frage der weiteren Besetzung von drei Ruhrhöfen durch die Alliierten und der Beibehaltung eines Kerns von alliierten Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet der französischen Regierung mit, daß sie diese Vorschläge keineswegs annehme. Diese beiden Fragen seien mit einer Anzahl anderer von Herriot aufgeworfen, aber während seines kurzen Aufenthaltes in Chequers fehlte die Zeit, um sie eingehender zu untersuchen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juni.

Bei der Debatte am Freitag verlangte der Abg. Kerp (Zentr.), daß dem Landwirt ein bescheidener Gewinn gesichert werde. Die Regierung solle eine Weinkonferenz einberufen, um mit den Weinbauorganisationen eine Rettungsaktion für den deutschen Weinbau in die Wege zu leiten. Seine Partei beantrage, daß bei der Einführung ausländischer Weine der volle gesetzliche Zoll erlegt werde, aus die Einfuhrgenehmigung erteilt werde. — Abg. Hepp (D. Sp.) begründete die Anträge seiner Fraktion, die eine einheitliche Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes in Reich, Ländern und Gemeinden, ausreichende Zölle auf ausländische Weine, Steuernachlaß, zinslose Steuerstundung, bevorzugte Kreditgewährung für den notleidenden Weinbau, Ermäßigung der Umsatzsteuer und Aufhebung der bisher für die ausländischen landwirtschaftlichen Produkte geltenden Umsatzsteuerbefreiung verlangen. — Abg. Schliephake (Nat. Soz.) betonte die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Landwirtschaft im östlichen Interesse.

Hierauf verlas Landwirtschaftsminister Graf Ranig eine längere Erklärung der Reichsregierung zu den einzelnen Beschwerden der Landwirtschaft. Zur Behebung der Kreditnot habe die Reichsbank schon über den üblichen Rahmen hinaus Kredite gegeben und könne bei der Begebung von Wechselkrediten nicht wesentlich weiter gehen. Die Landwirtschaft bedürfe des Realcredits zur Produktionssteigerung und zur Finanzierung der bevorstehenden Erntearbeiten, wozu die Rentenbank nutzbar gemacht werden könne, wenn sie nach Annahme des Sachverständigenratschens aufgefüllt habe, Währungsbank zu sein. Der Reichsfinanzminister habe die Finanzämter wiederholt angewiesen, bei der Beitreibung von Steuern Rücksicht auf die Notlage der Landwirte zu nehmen, doch sei eine generelle, zinslose Stundung der Steuer nicht möglich. Ueber die Befreiung der Wehrbeitragswerte werde jetzt verhandelt und ferner sei eine Senkung der berücksichtigten Werte um 40 Prozent geplant. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte und denen der Produktionsmittel sei auf die Lage der Rohstoffindustrie zurückzuführen, die ihrerseits unter dem Druck der Nicumverträge leide. Der Minister sagte Erleichterung bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu und stellte Maßnahmen in Aussicht, die der Landwirtschaft Schutz und ihren Preisen Unabhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes geben sollen. Damit durch diesen Ausgleich zwischen In- und Auslandspreisen die Verbraucher nicht geschädigt würden, sollten steuerliche Erleichterungen bei den Verbrauchssteuern eintreten. — Nachdem der Kommunist Bentwik die Regierungserklärung kritisiert hatte, wur-

den die einzelnen Anträge den verschiedenen Ausschüssen überwiesen, die Debatte aber fortgesetzt. Abg. Dietrich (Dem.) verlangte Ermäßigung der Kreditzinsen und Billigung der Düngemittel, Abg. Pang (Bayer. Sp.) tabellierte den Reichsfinanzminister wegen seiner geringen Rücksichtnahme auf die Notlage der Landwirtschaft. Abg. Dr. Wendt (Bayer. Sp.) schilderte die Notlage der Winzer in der Pfalz. Abg. Bachmeyer (Wirtsch. Bgg.) forderte ausreichenden Zollschutz schon für die neue Ernte. Abg. Runge (Deutschsoz.) wandte sich gegen den Zinswucher und forderte Verstaatlichung des Kreditwesens. Abg. v. Nischolsen (D. Natl.) und Abg. Weidenhöfer (Nat. Soz.) erklärten die Regierungserklärung für unbefriedigend, worauf die Aussprache geschlossen wurde.

Am Samstag behandelte der Reichstag einen Antrag der Nationalsozialisten, das Privatklageverfahren gegen den Abgeordneten Fric auf die Dauer der Sittingsperiode aufzuheben. Der Geschäftsordnungsausschuß genehmigte dies.

Abg. Brodau (Dem.) beantragt die Rückverweisung an den Ausschuß.

Das Abstimmungsergebnis über den Antrag Brodau bleibt zunächst zweifelhaft. Im Hammelsprung wird die Rückverweisung des Falles Fric an den Ausschuß mit 128 gegen 124 Stimmen beschlossen. Auf Vorschlag des Ausschusses wird hierauf ohne Debatte die Einstellung des Verfahrens gegen die komm. Abgg. Buchmann, Florin und Schlicht beschlossen.

Dann kommen zur gemeinsamen Beratung Interpellationen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten über die Notlage der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten verbliebenen.

Abg. Krell (Dem.) führt darüber Klage, daß die Beihilfen für Ausgewiesene unzureichend und ungerecht abgemessen sind. — Abg. Eßer (Zentr.) bedauert, daß die vom Kabinett Cuno in Aussicht gestellte Ausgewiesenenhilfe nicht verwirklicht wurde. Kamentlich die Maßnahmen des Reichswehrministers fordern zu ernstester Kritik heraus. Der Redner begründet einen Antrag, unverzüglich einen Sonderausschuß einzusetzen.

Die Sitzung geht weiter.

### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 28. Juni.

Der Landtag trat Freitag nachmittag zu einer kurzen Tagung zusammen. Eine Wahlanfechtung des Abg. Adam Müller-Mergentheim (Ztr.) soll durch den Staatsgerichtshof entschieden werden. Nachdem das Haus die Beantwortung von 22 kleinen Anfragen über sich hatte ergehen lassen, — man hat für diese Beantwortung jetzt einen besonderen Regierungskommissar in der Person von Oberamtmann Köstlin angestellt — wurde in die Beratung des Notetats für das Rechnungsjahr 1924 eingetreten und der Abg. August Müller stellte hierzu einen Antrag auf Ermäßigung der Natariatsgebühren. Es entspann sich dann eine ausgedehnte Generaldebatte, in der der Abg. Ulrich (Soz.) zwei Anträge stellte, einmal bei Behandlung von Gesuchen politischer Parteien um Zulassung von Rundgebungen unter freiem Himmel unparteiisch zu verfahren, sodann, daß die württ. Regierung bei den Verhandlungen am 3. Juli in Berlin über das Sachverständigen-Gutachten dieselbe Haltung einnehme, wie die seitherige Reichsregierung und der Reichstag. Im übrigen lehnte er aus Opposition den Etat ab.

Minister des Innern Boh wies den Vorwurf parteiischer Handhabung der Berichte von Versammlungen politischer Parteien unter freiem Himmel entschieden zurück und erklärte, daß die Bauerntage und die Veranstaltungen der Schützvereine keine politischen

So man singt, da lass' dich ruhig nieder;  
Böse Menschen haben keine Lieder.

Seume.

### Des Hauses Sonnenschein.

Roman von Irene v. Hellmuth.

48. (Nachdruck verboten.)  
Geduldig wie ein Kind ließ sie sich von der Mutter ins Bett bringen. Mit einem Seufzer der Erleichterung legte sie sich zurück. Sie wollte so viel fragen — aber nach zehn Minuten war sie schon eingeschlafen. Frau Anna wachte am Bett des Schwerkranken, der kaum die Augen aufschlug und niemand erkannte. Anneliese schlief die ganze Nacht. Sie war völlig erschöpft gewesen.

Als sie am Morgen die Augen öffnete, mußte sie sich erst besinnen, wo sie sich befand. Die Sonne schien hell ins Zimmer. Anneliese rieb sich die Augen. — Die Mutter sah ja dort, — richtig, sie war ja gestern Abend gekommen. — Sie wandte ihr den Rücken zu, aber die junge Frau merkte, daß ihre Schultern zuckten wie von heftigem Weinen und daß die ganze Gestalt zitterte.

Jetzt hörte sie einen schluchzenden Ton.  
„Mutter?“ rief Anneliese aufs höchste erschrocken, und sah mit einem Ruck im Bett hoch.

Die Angeworfene wandte sich um, und Anneliese blickte in ein Paar rotgeweinete Augen und in ein schmerzlich verzogenes Gesicht.

Und plötzlich mit einem Schlage wußte sie, was geschehen war.

Ritternd sprang sie aus dem Bette.  
Aber sie schrie nicht auf, als sie, am Lager des Gatten stehend, das gelbe, veränderte, starre Gesicht mit den geschlossenen, tief eingesunkenen Augen erblickte.

„Paulus lauf, sie am Lager nieder.“ —  
Wie lange sie in der Betäubung lag, wußte sie nicht. Sie fühlte sich sanft emporgesogen und von der Mutter zärtlich umfaßt.

Dann kam der Arzt und sagte ihr ein paar Worte des Beileids. Als derselbe sich entfernt hatte, sah sie wieder stumm und starr neben der Mutter, die die Hand der Tochter fest zwischen ihre beiden Hände nahm.

Anneliese glaubte sich in einem schweren Traum befangen. Sie sah alles wie aus weiter Ferne und war sich kaum bewußt, was um sie her vorging.

Und dann kam der Vater, um alles zu besorgen, die Ueberführung der Leiche nach seiner Vaterstadt und all die traurigen Obliegenheiten, die ein solcher Fall mit sich bringt.

Anneliese hörte viel teilnehmende Worte. Aber sie gingen wie ein leerer Schall an ihrem Ohr vorüber.

Dann sah sie in der Bahn zwischen Vater und Mutter und fuhr nach Hause.

Weinen konnte sie erst, als sie der Mutter ihres Gatten gegenüberstand, die trostlos und ganz gedrohen in einem Sessel saß und in ihrem übergroßen Leid laut aufschrie: „Mein Paul — mein lieber, lieber Sohn, — wer hätte das gedacht, daß deine alte, franke Mutter dir noch ins Grab nachsehen muß? — Warum konnte ich nicht statt deiner sterben? Warum gingst du von mir?“

Da kniete Anneliese vor der armen Mutter nieder und beider Tränen flossen ineinander.

„Run werde ich doch ins St. Anna-Stift gehen,“ murmelte die alte Frau und faltete die Hände im Schoß.

Es ist Erntezeit. Reich beladen schwanken die Wagen mit den gelblichen Garben herein durch das weitgeöffnete Tor, gefolgt von den lachenden, singenden Mädchen und Burtschen, die die letzte Fuhr heim begleiten.

Anneliese sitzt unter den Linden auf ihrem Lieblingsplatz. Die Augen blicken träumerisch ins Weite. Ihre Wangen zeigen wieder eine vollere Rundung und die zarte Röte kehrt nach und nach zurück. Nur um den Mund spielt zuweilen noch ein herber Zug, der von vergangenen Leiden erzählt. Sie steht auf und

geht dem Vater entgegen, in dem seinen legt und mit ihr dem stattlichen Neubau zuschreitet, der hinten im Garten entsteht.

Fieberhaft wird da gearbeitet, da das Haus noch vor Eintritt des Winters unter Dach kommen soll. Hans-Heinz steht da und schaut dem geschäftigen Treiben zu. Seine Augen leuchten auf, als er die junge Frau erblickt, die ein ganz leichtes Schelmchen auf den Lippen, seinen Blicken folgt. „Das Haus wird doch viel zu groß für einen einzelnen Mann,“ sagte sie, noch immer lächelnd. „Was wollen Sie denn mit all den vielen Zimmern anfangen? Da hätte ja eine ganze Schar Kinder Platz, — aber Sie, — Sie werden ja niemals heiraten, nicht wahr?“

Ehe er antworten kann, kommt ein Knecht und ruft den Vater ab.

Anneliese will ihm folgen, aber Hans-Heinz hält sie zurück. Seine ehrlichen, guten, treuen Augen ruhen fragend auf dem schönen Gesicht der jungen Frau.

Sie hält dem Blick offen stand.

Und als er einen Schritt näher tritt, da ist sein ganzes Gesicht mit glühender Röte bedeckt. Dann beginnt er ohne weiteres: „Ich weiß, es ist jetzt keine Zeit, eine Frage zu stellen. — aber nur diese eine kann ich nicht unterlassen: Anneliese, — darf ich hoffen, daß Sie einst, — wenn Ihre Trauer milder geworden ist, nicht — „nein“ sagen werden, wenn — ich Sie frage, ob Sie die Herrin in meinem Hause werden wollen? Nur ein Fünkchen Hoffnung schenken Sie mir, Anneliese, und ich will geduldig warten, bis Sie mich rufen, mag es dauern, so lange es will! Aber ohne diese Hoffnung kann ich nicht leben! Wenn mein Haus unter Dach ist, dann reise ich, und kein Wort, kein Blick von mir soll Ihrer Trauer zu nahe treten, wenn ich nur weiß, daß ich hoffen darf.“

Die untergehende Sonne wirft ihr rotes Licht auf die beiden Menschenkinder und überflammt das neue Haus mit goldenem Schein.

Anneliese reicht Hans-Heinz die schmale Hand und nickt leise mit dem Kopfe, und er zieht mit aufleuchtenden Augen ehrfürchtig ihre Hand an seine Lippen.

— saue.



Staatspräsident Bazille lehnte es ab, zu den Verhandlungen in Anstellung zu nehmen, da er noch gar nicht wisse, was dort vorgetragen werde.

Abg. Scheff stellte den Antrag, den Notetat nur bis zum 1. September auszudehnen und vertrat die Auffassung, daß auf den Bauern tagungen politische Propaganda getrieben werde.

Abg. Bos (Str.) erklärte sich mit dem Antrag August Müller einverstanden, lehnte aber die Anträge der Sozialdemokratie und der Demokratie ab.

Finanzminister Zehlinger wies darauf hin, daß es nicht die Aufgabe der neuen Regierung sei, eine sachliche Milderung der Landessteuergesetze herbeizuführen, der springende Punkt sei jetzt, wie der Einzug der Landessteuern behandelt werde.

Abg. Mari Müller (Komm.) erklärte, seine Partei lehne den ganzen Entwurf ab. Er verlangte, daß die neue Gefängnisdienst- und Vollzugsverordnung sifiziert werde, bis der Landtag darüber geßredet sei.

Zu der Erwiderung empfahl Justizminister Scherke, den Antrag Müller dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Rath (D. Rp.) und Scheff (Dem.) trat Hornung (B. V.) für die Bauern tag ein, die rein landwirtschaftliche Veranstaltungen seien und mit Politik nichts zu tun hätten.

Abg. Hornung (Soz.) wandte sich hierauf noch einmal gegen den Innenminister Holz, der nur der Gefangenen Berater sei, die in deutschnationalem Wasser schwimmen und durch seine Politik der Zuträger des Kommunismus werde und den extremen Radikalismus züchte.

Staatspräsident Bazille erklärte, die Regierung wolle den Landtag nicht ausschalten, sondern nur unnötige Verhandlungen vermeiden.

In der Abstimmung wurde der Entwurf des Gesetzes betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für 1924 unter Ablehnung der Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen.

Müller (Komm.) begründet seine Große Anfrage betreffend den Tod des Strafgefangenen Raifch von Cappelbrunn im Festungsgewächnis Ulm und stellte den Antrag, zur Feststellung etwaiger Schuldiger von verantwortlichen amtlichen Personen an der Strafanstalt Ulm einen Untersuchungsausschuß zu bestellen.

Justizminister Scherke trägt hierauf den Tatbestand des Falles vor. Der Verstorbene habe ein Geschwür an der Herzklappe gehabt, das nach Ansicht der Aerzte die Ursache des Todes gewesen sei. Raifch habe bei der Aufnahme ins Gefängnis verschwiegen, daß er 1918 an Herzklappenentzündung erkrankt gewesen sei. Den Anstaltsarzt könne also keinerlei Vorwurf treffen. (Hier erhebt sich bei den Kommunisten ein ungeheurer Tumult und wilde Szene. Rufe: Mörder, Verächtschänder. Müller (Komm.) wurde zweimal zur Ordnung gerufen und mit Ausschluß bedroht. Der Präsident konnte nur schwer die Ordnung wieder herstellen). Der Justizminister fuhr fort, daß es nicht richtig sei, daß der Gefängnisarzt von sich aus die Strafanterbrechung hintertrieben habe. Gegen einen Untersuchungsausschuß sich zu wehren, habe ich keinen Anlaß, halte aber einen so großen Apparat nicht für nötig.

Hier wird um 10 Uhr abends abgedrochen.

Zu Beginn der Samstag-Sitzung des Landtags verlas Staatspräsident Bazille eine Kundgebung der Regierung. Sodann wurde die Beratung des Notetats fortgesetzt und der demokratische Antrag, wonach dieses Notgesetz nur bis 30. September gelten soll, mit 39 gegen 29 Stimmen abgelehnt, desgleichen mit 46 gegen 21 Stimmen der soz. Antrag betr. Festlegung der Stellung der württ. Regierung zu den Berliner Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten und mit 41 gegen 28 Stimmen der soz. Antrag betr. die Handhabung der Versammlungverbote. Angenommen wurde dagegen der Antrag des Abg. August Müller (B. V.) betr. Ermächtigung der Gerichts- und Notariatsbehörden. Ein Antrag Pfleger (Soz.) und Gengler (D.) betr. Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wurde an den Finanzausschuß überwiesen. Zustimmung fand ein Antrag des Finanzausschusses betr. Neuregelung der Beamtenbesoldung unter besonderer Berücksichtigung der unteren Gruppen durch die Reichsregierung. Schließlich wurde noch auf Antrag der Kommunisten ein händlerischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Todesurteile des Kommunisten Raifch im Ulmer Gefängnis untersuchen soll. Die nächste Sitzung wird von dem Präsidenten im Einvernehmen mit der Staatsregierung bestimmt.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 30. Juni 1924.

**Unfall.** Nach einer am Samstag hier stattgefundenen Beerdigung fiel die Frau des Zimmermeisters Wöckle auf dem Friedhof so unglücklich, daß sie einen doppelten Beinbruch erlitt.

**Der Bezirkskriegertag in Hailerbach.** Am gestrigen Sonntag fand in Hailerbach der Bezirkskriegertag, verbunden mit dem 50-jährigen Jubiläum des dortigen Kriegervereins statt. Da das Wetter dem Feste außerordentlich hold war, war der Besuch ein sehr großer; Kriegervereine waren etwa 30 zum Feste erschienen. Eingeleitet wurde das Fest durch einen eindrucksvollen Festgottesdienst beim Kriegerdenkmal. Um 11 Uhr fand im Gasthaus zum Ochsen die Vorstanderversammlung statt, dabei wurde dem anwesenden Oberstleutnant Schumacher, Vertreter des Württ. Kriegerbundes, der Dank für seine umgehende Arbeit im Kriegervereinswesen entgegengebracht. Festgestellt konnte werden, daß Unterstützungen trotz der Inflationszeit an bedürftige Kameraden reichlich genährt werden konnten. In der Jugendbewegung soll die Zusammenfassung in Schützen, Reit- und Fahrvereine mehr angestrebt werden. Regelung der Bezirkssterbekasse. Nachmittags 2 Uhr bewegte sich ein stattlicher Festzug mit den üblichen Festreitem und Festdamen an der Spitze durch das schon geschmückte Städtchen nach dem ideal liegenden

Festplatz, wo unter dem Schattten der Tannen Kast und Labung gehalten war. Kriegervereinsvorstand Ziegler hielt die Begrüßungsansprache und gab einen Rückblick über die Entstehung des Kriegervereins, händigte dem Kassier Renz eine Ehrenurkunde für seine langjährige Kopierung im Verein aus, stellte fest, daß noch 6 Altdotierten in Hailerbach am Leben sind und schloß seine Rede mit dem Wunsche eines baldigen Wiederaufstieges unseres armen Vaterlandes. Stadtschultheiß Bernhardt beglückwünschte namens der Stadtverwaltung den Kriegerverein zu seinem Jubiläum und begrüßte alle Erschienenen. Oberstleutnant Schumacher überbrachte herzliche Grüße vom Präsidium des Württ. Kriegerbundes und sprach über Vaterlandsliebe und Treue und die Hebung und Pflege der Kameradschaft; es gelte jetzt erst recht auszuhalten. Bezirksobmann Ziegler aus Nagold gedachte der Verdienste unserer Brüder im besetzten Gebiet, überbrachte die Glückwünsche des Bezirkskriegerverbands Nagold, dankte der Stadt Hailerbach für ihr Entgegenkommen und brachte ein Hoch auf das Vaterland aus. Hierauf folgte die Aushändigung von Erinnerungsmedaillen für 25 jährige Zugehörigkeit zum Württ. Kriegerbund an die Vereine Simmersfeld, Ebershardt, Pfondorf und Ober- und Unterlaim. Bezirksobmann Kühle vom Bezirk Calw überbrachte in seiner bekannt schneidigen Art Grüße vom Nachbar-Bezirksverbände und betonte, daß die Kameradschaftspflege nicht nur im Munde zu führen sei, sondern in die Tat umzusetzen ist, er schloß mit einem Hoch auf die beiden Bezirksverbände Calw und Nagold. Musikvorträge der zahlreich anwesenden Musikkapellen (10 Stück an der Zahl) sowie Vorträge des Liedertanzes Hailerbach und gemeinsam gesungene patriotische Lieder verschönten die Feier, die einen harmonischen Verlauf nahm.

**Stuttgart, 29. Juni. (Verräter.)** Der 48-jährige Jakob Bollmer aus Kork bei Karlsruhe und der 21-jährige Otto Jomann aus Karlsruhe, die einen ihrer Bekannten den Franzosen ungerichtet als deutschen Spitzel benannten, so daß er von den Franzosen eine schwere Gefängnisstrafe erhielt, wurden von der Strafkammer des Oberlandesgerichts zu 3 Jahren 2 Monaten Zuchthaus bzw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Gesetzliche Miete.** In Stuttgart beträgt die gesetzliche Miete für Juni 40 Prozent Grundbetrug von der Friedensmiete, wozu noch 25 Prozent Abfindung für Umlagen und Steuern kommen, also 65 Prozent. Ein einfaches Einzelzimmer ohne Bedienung, Wäsche usw. kommt auf 14.60 Mark.

**Der Nachfolger Bauers.** An Stelle von Professor Max Bauer, der mit Schluß des Sommersemesters die Leitung des Leipziger Konservatoriums für Musik übernimmt, ist zum Direktor und Lehrer für Klavierspiel an der Württ. Hochschule für Musik Wilhelm Kemppf berufen worden, einer der bedeutendsten Musiker aus der jüngeren Künstlergeneration, ein glänzender Klavier- und Orgelspieler, zugleich auch Tonpoet. Kemppf ist 1895 in Hilderberg geboren und stammt aus einer Musikerfamilie.

**Marktordnungen, 29. Juni. (Schäferlauf.)** Der Gemeinderat hat beschlossen, den weltbekannten Wettlauf der Schäferinnen und Schäfer am Montag, 28. August ds. Js., in der üblichen Weise abhalten zu lassen. Der vor Jahren eingeführte Festzug und das Festspiel „Der treue Bartel“ sollen auch heuer wieder zur Aufführung kommen.

**Gansen ob Urspring, 29. Juni. (Hagelsschaden.)** Der Hagelsschaden hat hier einen Ernteausschlag von 6000 Hektar Frucht verursacht. Da auch das Obst gänzlich fehlt, ist von einem Ertrag der Felder heuer keine Rede. Die schwer geschädigten Landwirte sind auf Staatshilfe angewiesen.

**Das Haus des Handwerks.** Stuttgart, 29. Juni. Im Rahmen der Stuttgarter Bauausstellung hat das württ. Handwerk am Samstag durch einen schlichten Eröffnungsakt in dem dem Hause des Handwerks vorgelagerten Schmudgarien die Eröffnung seiner eigenartigen Ausstellung vorgenommen, die ein Zeugnis von der tüchtigen Qualitätsarbeit des württ. Handwerks ablegt. Zahlreiche Gäste und Vertreter des Handwerks hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende der württ. Handwerkskammern, Stadtrat Obermeister Wolff, eröffnete das Haus mit Begrüßungs- und Dankesworten, indem er darauf hinwies, daß das Handwerk trotz aller Erschütterungen des letzten Jahrzehnts sich seine traditionelle Leistungsfähigkeit bewahrt habe und die Qualitätsarbeit fördere. Das Haus entspringe dem Entwurfe des Sohnes von Professor Schmöhl und stelle ein Schmuckstück dar. Möge das Haus den entschlossenen Willen des Handwerks, sich restlos in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen, bekräften. Präsident von Jechle vom Landesgewerbeamt übernahm das Haus in die Obhut der Bau-Ausstellung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Handwerk ungebrochen in seiner Leistungsfähigkeit die schweren Zeiten überwinde. Staatspräsident Bazille, der mit dem Finanzminister und Landtagspräsidenten zur Eröffnung gekommen war, erinnerte in einer passenden Ansprache, die wiederholt den Beifall der Festgäste fand, an den schicksalsschweren 28. Juni. Das Haus und seine Ausgestaltung sei ein Zeugnis dafür, daß die schaffenden und schöpferischen Kräfte im deutschen Volke noch nicht stillgelegt sind. Das organisierte Handwerk habe das Handwerk vor dem Untergang gerettet, und wenn das deutsche Volk einst so geschlossen sei, wie dieser Berufsweig, dann müsse der Tag der Freiheit kommen. Die Ausstellung sei das Symbol der ungebrochenen Lebenskraft des deutschen Volkes. Die Musikkapelle spielte das Deutschlandlied, in das die Gäste einstimmten. Dann erfolgte ein Rundgang.

## Bestellen Sie unsere Zeitung!

## Aus Baden.

**Krozingen, 29. Juni. (Zu dem Brande)** in dem hiesigen Werke der Firma Gebrüder Himmelsbach wird noch gemeldet: In den Holzwerken der Firma Gebrüder Himmelsbach in Krozingen war ein Großfeuer ausgebrochen, das sich mit raschender Schnelligkeit in den ausgebreiteten Werksanlagen ausbreitete und rasch auf die Kyanisieranstalt, die Schlosserei, das Maschinenhaus und die Büroräume übergriff. Der Himmel war weithin von einem blutigen Scheine erleuchtet. Die Feuerwehren von Krozingen und Staufen und eine Abteilung der Freiburger Feuerwehr waren rasch zur Stelle, um den Kampf gegen das Feuer aufzunehmen. Die Gefahr dauerte etwa bis gegen 5 Uhr morgens. Entgegen anderslautenden Meldungen ist festzustellen, daß auch die Werkleitung noch nichts Bestimmtes über den Umfang des Gebäudes und Sachschadens auszusagen kann.

**Karlsruhe, 29. Juni. (Tragisch.)** In der Nacht zum Mittwoch ist Oberamtmann Dr. G. Brombacher, der bisherige Leiter der Landesversorgungsstelle, unerwartet infolge eines Herzschlags im Alter von 49 Jahren gestorben. Als die Schwester des Verstorbenen, Frau Fabrikant Gernig-Baden-Baden, sich zur Beerdigung ihres Bruders nach Pforzheim begab, wurde sie auf der Fahrt im Eisenbahnwagen ebenfalls vom Schlag getroffen und verschied kurz darauf.

**Karlsruhe, 29. Juni. (Artilleriekontag.)** Am Samstag und Sonntag fanden sich die ehemaligen Karlsruher Feldartillerieregimenter Nr. 14 und 50 und ihre Kriegsfornationen zum erstmaligen nach dem Kriege zu einer kameradschaftlichen Zusammenkunft hier ein. Bei dieser Gelegenheit wurde das Denkmal für die Gefallenen der beiden Regimenter enthüllt.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Erinnerungsmal im Reichstag.** Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sallmann und Loebe haben laut „Vorwärts“ im Reichstag beantragt, zum Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder des Reichstages, Ludwig Frank und Hans von Reding, und an die ermordeten Reichsminister Erzberger und Rathenau ein Erinnerungsmal an würdiger Stelle im Innern des Reichstagsgebäudes zu schaffen.

**Verordnende Verhaftung des Führers der kommunistischen Reichstagsfraktion.** Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten sowie der Rationalistischen Freiheitspartei dem Ersuchen des Untersuchungsrichters beim Landgericht Hamburg betreffend die Genehmigung zur Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Thaelmann zu entsprechen.

**Sozialdemokratie und Völkerbund.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein: Ist die Regierung bereit, einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund noch vor dem 1. J. zu stellen.

**Attentat auf einen Stahlhelmsführer.** In Halle wurde nach einer Stahlhelmsfeier Dr. Higgereth durch vier Revolverschläge schwer verletzt. Die Täter entkamen unerkannt. Schlägereien auf dem Rathaus in Hannover. Einer Mitteilung aus Hannover zufolge kam es in einer Sitzung der Stadtverordnetenkollegien zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialisten, die in eine regelrechte Schlägerei ausarteten. Oberbürgermeister Reinert rief Schuppolizei herbei, um die Ruhe wiederherstellen zu lassen. Die Sitzung mußte schließlich vertagt werden.

**Großfeuer in Stettin.** In der Brennerlei und Spiritfabrik Defeore A. G., Stettin, brach ein Großfeuer aus. Das Feuer vernichtete viele tausend Zentner Getreide.

**Kanaltunnelprojekt.** MacDonald empfing eine Abordnung von Mitgliedern des Kanaltunnelausschusses des Unterhauses, der den Zweed verfolgt, die Regierung zur Genehmigung des Baues eines Aermeltkanaltunnels zu bestimmen. Das Parlamentsmitglied William Bull, der Vorsitzende des Kanaltunnelausschusses, erklärte, daß sie von insgesamt 400 000 Personen, die jeder der drei großen politischen Parteien angehörten, unterstützt werden. MacDonald sagte, die gesamte Frage werde sehr sorgfältig vom praktischen Standpunkt aus erwogen werden müssen. Er habe daher eine Sonderkommission des Reichsverteidigungsausschusses einberufen, um die Angelegenheit und den ihm darüber unterbreiteten Bericht zu beraten.

**Austritt des amerikanischen Botschafters in Japan.** Der amerikanische Botschafter in Japan, Wood, hat formell um seine Entlassung gebeten. Diese ist ihm bewilligt worden.

**Der Weltpostkongress.** Als deutsche Delegierte des am 4. Juli in Stockholm beginnenden Weltpostkongresses, dessen Dauer auf 6 Wochen zu schätzen ist, werden der Präsident der Oberpostdirektion in Kassel, Schenk, der Ministerialrat im Reichspostministerium, Orth, und Postdirektor Künze teilnehmen. In den drei Ausschüssen des Weltpostkongresses wird je ein Engländer, Franzose und Deutscher den Vorsitz übernehmen.

## Handel und Verkehr.

Die Reichsbank hat für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Bekleidung, Unterhaltung und Bekleidung) den Preisindex des 1. April 1924 gegenüber dem 1. April 1914 auf 111,11 festgesetzt. Gegenüber der Normale (100) ist demnach eine Abnahme von 8,89 Prozent zu verzeichnen.

Nach dem Anzeiger der Reichsbank betragen in der Zeit vom 1. bis 30. Juni die Umsatzen 180,9 und die Kassakonten 192,4 Millionen. Es wurde mittels ein Zuschußbetrag von 1,6 Millionen seit dem 1. April 1924 insgesamt 23,1 Millionen erforderlich. Der Zuschuß der Reichsbank sind 20,5 Millionen vorausbezahlt worden. Der Rest aus dem Verkauf von Rentenmarkenscheinen betrug am 30. Juni auf 27,1 Millionen.

Wartweise vom 26. Juni. In Mannheim sollen 200 Schweine 12-18, Kühe 28-30, in Rüsselsheim 120-130, in Pforzheim 14-20, in Oberrieden 11-20, in Bad. Godes.





## Schnell und zuverlässig

berichtet die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ über alles Wissenswerte.

Bestellen Sie heute noch die Zeitung für den Monat Juli!

## Öffentlicher Sprechsaal.

(Für Vorforderungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die geschäftliche Verantwortung.)

Der Plan, die Nagold vom Anwesen des Kaufmanns Burghard aus der Schwandenbrücke entlang durch Erteilung eines zweistöckigen Lagerbühnen zu überbauen, scheint greifbare Formen annehmen zu wollen. Da ist es Zeit, daß diejenigen, die noch Herz und Sinn für Naturschönheiten haben, sich gegen eine derartige Verunstaltung des Stadtbildes auflehnen. Die zwei ungeformten Noahsärchen, die uns von halber Höhe des Städtchens täglich anwidern, sollten jeden, der noch Gefühl für die Schönheiten der Heimat hat, auf die Beine jagen, um in jenem Teil dazu beizutragen, daß auf einem Platz, der Gemeingut aller ist, ein dritter derartiger Plumpstaken nicht entsteht. Ein Widerspruch hat in diesem Fall jeder. Wollen wir hoffen, daß auch jeder davon Gebrauch macht, und daß die Entscheidungsbehörde, das Oberamt, sich zum Wohl für die Allgemeinheit durch Nichtgenehmigung des Bauplans einsetzt.

Im engen Häufergewirr einer Stadtanlage ist ein Flußlauf noch das einzige lebenerweckende Naturgebilde, etwas Anziehendes, das Auge und Herz erfrischt. Er ist die natürliche Durchbruchsgasse, die den Anliegern noch einen gesunden Lufthauch und einer freundlichen Sonnenstrahl in ihre Stuben leitet, nachdem sie gezwungen sind, gegen die Straßenfront die Fenster wegen Staub und Autogestank fast dauernd zu schließen. Wollte man den Flußlauf allmählich überbauen, so könnte man unsere Wohnstätten schließlich nur noch als Schwindsuchtbaracken ansprechen. Ist es schon bedauerlich, daß in unserer Stadt das Nagoldufer nicht seiner ganzen Länge nach wenigstens auf einer Seite durch einen Gehweg für die Allgemeinheit erschlossen ist, so wäre noch mehr bedauerlich, wenn durch Genehmigung obigen Bauplans das kleine Stück noch vorhandenen öffentlichen Gehwegs am Flußlauf vollends wegfallen würde. Die Allgemeinheit hat ein Recht, zu fordern, daß ihr der Flußlauf, der kein Privateigentum, sondern ein Gemeingut ist, auch als solches erhalten bleibt und zwar aus ästhetischen wie aus sanitären Gründen. D.

## Letzte Nachrichten.

### Große Kundgebungen gegen das Versailler Diktat.

WTB. Berlin, 29. Juni. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, dem rund 700 Organisationen aller Parteirichtungen angehören, veranstaltete heute im Reichstag eine machtvolle Kundgebung gegen das Friedensdiktat von Versailles und gegen die Kriegsschuldfrage in Anwesenheit des Reichskanzlers und der Minister Stresemann, Luther, Jarres, Brauns, Gehler und Hamm. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die heute versammelten Männer und Frauen aller Schichten und Parteien hat einen Frieden der Gerechtigkeit gewünscht. Die Versprechungen des Wilsonprogramms wurden nicht gehalten. Heute ist Deutschland, Europa und die ganze Welt im Zustande völliger Unordnung. Deutschland rüstet eifrig ab. Die anderen Völker sind diesem Beispiel nicht gefolgt. Mit der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege wird Deutschland heute noch in der ganzen Welt verleumdeter. Das deutsche Volk wird sich nach wie vor mit ganzer Kraft wehren gegen alle Versuche, das Reich zu zerbrechen, die deutsche Wirtschaft zu zerstören und die deutsche Volkskraft vernichtend zu treffen. Es wird sich nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Verleumdung des deutschen Namens in der Welt wenden. Die deutsche Reichsregierung hat durch die Öffnung ihrer Archive der Wahrheit die Bahn geöffnet. Dr. Stresemann hat eine amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage zugefagt.

WTB. München, 29. Juni. Anlässlich der 5-jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags veranstaltete der Deutsche Kampfbund gegen die Kriegsschuldfrage heute Vormittag eine Massenkundgebung.

### Wie Frankreich die Verräter schützt.

WTB. Speyer, 28. Juni. Der Separatist Kuhn, der gestern Vormittag wegen verschiedener Betrügereien und Urkundenfälschungen auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichtes Heidelberg verhaftet war, ist, wie verlautet, gestern Nachmittag auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörden wieder freigelassen worden.

### Ein schwerer Wirbelsturm.

WTB. Cleveland (Ohio), 30. Juni. Ein Tornado hat die ganze Stadt Lorain weggefegt, doch ist infolge der

Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen eine Befähigung nicht zu erhalten. 300 Menschen sollen getötet und 500 verwundet sein. Beim Einsturz des Theaters sollen allein 80 Personen getötet und 100 verwundet worden sein.

WTB. Cleveland (Ohio), 30. Juni. Der Wirbelsturm suchte ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung von Cleveland an den Ufern des Eriesee bei Sandusky heim. In Lorain, welches den Mittelpunkt des von dem Wirbelsturm heimgesuchten Gebietes bildet, wird die Zahl der Toten auf 250 und der Sachschaden auf 12 Millionen Dollar geschätzt. Aus dem eingestürzten Theater wurden bereits 165 Leichen geborgen. Der am Wasser gelegene Teil der Stadt ist vollständig zerstört. Sämtliche Hospitäler sind überfüllt.

### Grundsteinlegung zu einem Schlageterdenkmal.

WTB. Berlin, 30. Juni. Wie die Blätter melden, fand gestern in Neu-Brandenburg die Grundsteinlegung zu einem Schlageterdenkmal in Anwesenheit der Generale Ludendorff und Liehmann statt. Hierbei kam es der „Montagspost“ zufolge, zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen zu einem Zusammenstoß, wobei einige Personen durch Stiche und Hiebe zum Teil schwer verletzt wurden.

### Der Völkische Block

und die bekannten Münchener Vorgänge.

WTB. München, 29. Juni. Der Völkische Block brachte im Landtag einen Gesetzentwurf ein, durch den den Teilnehmern an den Münchener Vorgängen am 8. und 9. Nov. vor. J. volle Straffreiheit gewährt werden soll.

### 10 000 weitere Ausweisungsbefehle zurückgenommen.

WTB. Paris, 28. Juni. Nach einer Davosmeldung aus Düsseldorf hat die Rheinlandkommission in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, weitere 10 000 Ausweisungsbefehle zurückzunehmen, die in der französischen Besatzungszone erfolgt sind. Die Nachricht stellt ausdrücklich fest, daß es sich um eine weitere Begnadigungsmassnahme handelt, die zu der vom 25. Juni komme. Im ganzen sind bisher 24 860 Ausweisungen annulliert worden.

### Naturnäheres Wetter.

Unter dem Einfluß einer Tiefdruckrinne über Westeuropa nimmt die Gewitterneigung in Süddeutschland zu. Für Dienstag ist deshalb mehrfach bedecktes und auch mit zeitweiligen Gewitterregen verbundenen Wetter zu erwarten.

Für die Schließung verantwortlich: Ludwig Saut, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

## Mütterberatungsstunde

ausnahmsweise Mittwoch, 2. Juli, 2—4 Uhr.

Bezirksfürsorgerin.

## Preisermäßigung

auf alle Sommer-Artikel

Reinhold Hayer Altensteig

Altensteig.

## Dankagung.



Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meiner lieben Gattin, unserer treubesorgten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Friederike Helber

geb. Fischer

sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, sowie für die erhebenden Gesänge des Gesangsvereins „Sängerkreis“ und des verehel. Kirchenchors, und die vielen Blumenpenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen der trauernde Witte: Fr. Helber, Schreiner mit seinen zwei Kindern.

## Galizn-Bergamentpapier

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Für 5 Monate alten Knaben

## Pflegeestelle

für sofort gesucht.

Jugendamt Nagold.

Altensteig.



## Neue Matjes-Seringe

sind eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Ca. 30 Jtr.

## Heu

suche zu kaufen oder gegen Fässer zu tauschen  
Küller Sadmann  
Engtal.

Am Dienstag Abend um 6 Uhr verkaufe ich einen  
Wurf starke

Milch-  
schweine



Soh. Schmirle  
Garrweiler.

Einen gebrauchten

## Militärmantel

sucht zu kaufen,  
wer? — sagt die  
Geschäftsstelle ds. Bl.

Gestorbene.

Calw: Emma Epenhain,  
geb. Wolf, 33 J.



## Bei Bedarf in DRUCKARBEITEN

wenden Sie sich an die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Altensteig, Tel. Nr. 11.

wo Sie alle benötigten Druckarbeiten  
preiswert und gut hergestellt erhalten.

## Oele, Farben und Lacke

Jeder Art kauft Industrie, Gewerbe und Privat  
am besten im Spezialgeschäft bei

Karl Ungerer, Nagold. Telefon Nr. 4.

## Spiegel

in allen Größen  
u. verschiedenen Rahmen

empfiehlt preiswert die

W. Rieker'sche Buchhandlung  
Altensteig.



## Bekleidung

## Ausstattung

Paul Räuchle, Calw.